

Gesundheits- und Sozialdepartement

Bahnhofstrasse 15 Postfach 3768 6002 Luzern Telefon 041 228 60 84 Telefax 041 228 60 97 gesundheit.soziales@lu.ch www.lu.ch

> Eidgenössisches Departement des Innern EDI Bundesrat Alain Berset

Per E-Mail an: aufsicht-krankenversicherung@bag.admin.ch dm@bag.admin.ch

Luzern, 26. September 2017

Protokoll-Nr.: 1064

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung. Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates nehmen wir zur vorgeschlagenen Gesetzesanpassung wie folgt Stellung:

Die stetig steigenden Gesundheitskosten belasten sowohl die Versicherten wie auch die öffentliche Hand. Es ist deshalb richtig und wichtig, dass Massnahmen ergriffen werden, welche das Kostenwachstum eindämmen.

Mit der Vernehmlassungsvorlage sollen künftig die Franchisen für die Versicherten parallel zu den Kosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung steigen. Sobald die durchschnittlichen Bruttokosten pro versicherte Person mehr als 13-mal höher sind als die ordentliche Franchise (also 13 × 300 = 3900 CHF), soll diese um 50 Franken angehoben werden. Dieser Mechanismus soll die Eigenverantwortung der Versicherten stärken und die Inanspruchnahme von Leistungen reduzieren. Entsprechend würde auch der Prämienanstieg weniger gross.

Für den Bund würde dies zu tieferen Bundesbeiträgen zur Prämienverbilligung führen.

Den Kantonen sollen gemäss dem erläuternden Bericht für die Ausrichtung der Ergänzungsleistungen keine Mehrkosten entstehen, weil sich die Abnahme der jährlichen Ergänzungsleistungen und die Zunahme der Krankheitskostenvergütung ausgleichen sollten. Jedoch wird davon ausgegangen, dass die Erhöhung der Franchisen wahrscheinlich mehr Versicherte veranlassen werde, Sozialhilfe zu beantragen.

Wir stimmen der Vorlage zu in der Annahme, dass das Kostenwachstum mit der Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung eingedämmt werden kann, und dass der Kanton Luzern unter dem Strich nicht zusätzlich finanziell belastet wird.

Freundliche Grüsse

Regierungspräsident